16.

Ausländische Rundschau.**Strafgesetzgebung und strafrechtliche Literatur in England
von 1904—1911.**

Mitgeteilt von Dr. Ernst Schuster, Barrister-at-law in London und
Alfred Felix Schuster, Barrister-at-law in London und auf dem
„Western Circuit“

Vorbemerkung.

Die Strafgesetzgebung in dem oben erwähnten Zeitraum zeichnet sich hauptsächlich durch die Bestrebungen aus, welche dahin gehen, Kinder, die schädlichen Einflüssen ausgesetzt sind, diesen zu entziehen, und bei der Strafvollstreckung diejenigen, welche auf der Schwelle der Verbrecherlaufbahn stehen, so weit dies möglich ist, auf bessere Wege zu führen. Die hierauf bezüglichen Bestimmungen sind hauptsächlich in der Children's Act 1908 enthalten, einem Gesetze, dessen Inhalt die höchste Anerkennung verdient, dessen Form aber alle nur denkbaren Fehler hat. Die strafrechtliche Literatur hat nichts wesentliches gebracht; ihre Erzeugnisse dienen fast ausschließlich praktischen Zwecken, und der Vorbereitung für die juristischen Examina. Der Geburt einer Strafrechtswissenschaft sieht man in England noch immer vergeblich entgegen.

I. Strafgesetzgebung.**A. Strafprozeß.****1. Berufung in Strafsachen.**

(Criminal Appeal Act 1907, Criminal Appeal Act 1908.)

Während früher die Revision auf Antrag des Verurteilten das einzige Rechtsmittel in Strafsachen war, und auch diese nur in beschränktem Maßstab benutzt werden konnte, wurde durch das in der Aufschrift an erster Stelle erwähnte Gesetz die Berufung im vollsten Umfange, aber wiederum nur zugunsten des Verurteilten eingeführt. Der durch das erwähnte Gesetz errichtete Appellhof in Strafsachen wird für jede Tagung besonders aus mindestens drei Richtern der Kings Bench Abteilung des Obergerichts¹⁾ gebildet und hört Berufungen gegen die Urteile der Schwurgerichte²⁾, welche, soweit sie Rechtsfragen betreffen, ohne weiteres

¹⁾ Die Richter dieser Abteilung fungieren im Hauptamt als erstinstanzliche Einzelrichter in Zivil- und Strafsachen.

²⁾ Alle wichtigen Sachen kommen in erster Instanz vor ein Schwurgericht; dasselbe ist entweder ein unter dem Vorsitz eines Richters des Ober-

zulässig sind; betrifft die Berufung eine tatsächliche Frage oder eine Frage, die teilweise tatsächlicher, teilweise rechtlicher Natur ist, so ist die Erlaubnis des „*Judex a quo*“ oder des Appellhofs zuerst einzuholen. Berufungen gegen die Strafbemessung sind mit Erlaubnis des Appellhofs zulässig, insoweit die verhängte Strafe nicht vom Gesetze fest vorgeschrieben ist (wie z. B. die Todesstrafe im Falle einer Verurteilung wegen Mordes).

Das Urteil der Vorinstanz ist aufzuheben, wenn der Appellhof der Meinung ist, daß der Spruch der Geschworenen unvernünftig (*unreasonable*) oder angesichts des vorgelegten Beweismaterials nicht gerechtfertigt war, wenn er einen Rechtsirrtum feststellt und überhaupt, wenn nach seiner Ansicht ein Fehlgang der Gerechtigkeit (*miscarriage of justice*) vorliegt; jedoch ist anderseits, selbst wenn ein triftiger Berufungsgrund nachgewiesen wird, die Berufung zurückzuweisen, wenn der gerügte Irrtum nicht tatsächlich einen Fehlgang der Gerechtigkeit veranlaßt hat. Die Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils kann entweder in der Weise erfolgen, daß der Berufungskläger freigesprochen oder daß er auf veränderter Grundlage oder mit veränderter Strafbemessung³⁾ verurteilt wird; es kann hierbei auch vorkommen, daß er eines andern Delikts als des im Urteil der Vorinstanz berücksichtigten für schuldig erklärt wird. Das Urteil der Vorinstanz kann auch wegen der Geisteskrankheit des Berufungsklägers aufgehoben werden; in einem solchen Falle ist die Unterbringung in eine Anstalt für geistesranke Verbrecher anzuordnen⁴⁾.

Der Appellhof kann auch zur Begutachtung von Begnadigungsgesuchen veranlaßt werden.

Es ist eine beachtenswerte Tatsache, daß in dem klassischen Lande der Einrichtung der Geschworenen nunmehr der Wahrspruch der Laien, auf welchen so großes Gewicht gelegt wird, von einem ausschließlich aus Juristen gebildeten Kollegium umgestoßen werden kann, und daß das Gesetz, welches diese Möglichkeit eingeführt hat, von der Volksmeinung verlangt wurde und nur bei Juristen Widerspruch fand; ebenso bemerkenswert ist es, daß, nachdem das Gesetz nun bereits mehrere Jahre in voller Wirksamkeit steht, der letzterwähnte Widerspruch fast ganz verstummt ist. Die Berufungsanträge sind allerdings zu zahlreich⁵⁾,

gerichts stehendes Assisengericht, oder ein „*Court of Quarter Sessions*“. Letzterem sitzt in den Städten ein besoldeter Stadtrichter (*Recorder*) vor; in den Landbezirken wird das Gericht aus den Friedensrichtern des Bezirks gebildet. Die Polizeigerichte sind die einzigen Gerichte, welche die Schuldfrage ohne Geschworenen entscheiden. Von ihnen geht eine Berufung an die *Courts of Quarter Sessions*.

³⁾ Es darf auch auf eine höhere Strafe erkannt werden. Der Berufungskläger läuft daher die Gefahr einer *reformatio in pejus*.

⁴⁾ Die Geisteskrankheit eines Angeschuldigten hat in England stets diese Folge.

⁵⁾ Bei der letzten Tagung (August 1902) erklärte der vorsitzende Richter, daß unter 10 Anträgen auf Erlaubnis zur Berufung 9 gänzlich trivialer Natur waren.

und im Falle von Todesurteilen sogar zur Regel geworden, aber da in Fällen, wo kein greifbarer Berufungsgrund glaubhaft gemacht werden kann, die Erlaubnis zur Berufung stets verweigert wird, ist dies nicht von ernstlicher Bedeutung. Die Befürchtung, daß durch die Möglichkeit der Berufung das Verantwortlichkeitsgefühl der erstinstanzlichen Richter und der Geschworenen geschwächt werden würde, hat sich als unbegründet erwiesen. Man glaubt hingegen im allgemeinen eine Milde rung in der Strafbemessung zu entdecken, die man dem Umstande zuschreibt, daß die zu strengen Strafen geneigten Richter dieser Tendenz weniger nachzugeben versucht sind, nachdem sie unter die Kontrolle einer Oberinstanz gekommen ist.

2. Ausschluß der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen.

(Punishment of Incest Act 1908 S. 5.)

Das oben erwähnte Gesetz schreibt vor, daß bei der Verhandlung über eine Straftat wegen Blutschande die Öffentlichkeit auszuschließen ist. Es entsteht hierdurch die erste Ausnahme von der Regel, welche die Öffentlichkeit aller strafrechtlichen Verhandlungen vorschreibt.

Von dieser Regel wird in der Praxis allerdings insoweit eine Ausnahme gemacht, als bei einer Verhandlung über geschlechtliche Vorgänge der Richter gewöhnlich die Entfernung des weiblichen Publikums anordnet, aber er ist hierbei durch keine rechtliche Vorschrift gerechtfertigt.

B. Behandlung minderjähriger*) Verbrecher und Fürsorgeerziehung.

1. Bedingte Straferlassung.⁷⁾

(Probation of Offenders Act 1908.)

Die Anwendbarkeit der zuerst durch die First offenders Act 1887 eingeführten bedingten Straferlassung wird durch das oben erwähnte Gesetz wesentlich ausgedehnt. Nach den jetzt geltenden Vorschriften kann statt der Verurteilung eines Delinquenten seine vorläufige Entlassung unter vorgeschriebenen Bedingungen erfolgen, wenn es „in Anbetracht seiner Vergangenheit, seines Alters, seiner Gesundheit, seines Geisteszustands oder der Geringfügigkeit des begangenen Delikts

*) In den nachfolgenden Darlegungen werden Personen, welche das Alter von 14 Jahren nicht erreicht haben, als „Kinder“, diejenigen, welche das Alter von 16 Jahren nicht erreicht haben, als „jugendliche Personen“ und diejenigen, welche das Alter von 21 Jahren nicht erreicht haben, als „Minderjährige“ bezeichnet. Dies entspricht nicht ganz der englischen Terminologie, welche zwar den Ausdruck „child“ (Kind) im oben erwähnten Sinne anwendet, aber als „young persons“ (jugendliche Personen) nur Personen im Alter von 14–16 Jahren bezeichnet.

⁷⁾ Die Vorschriften über die bedingte Straferlassung beziehen sich nicht ausschließlich auf Minderjährige, sind aber hauptsächlich mit Rücksicht auf dieselben erlassen, und ergänzen namentlich die unten sub 2 erwähnten Bestimmungen über das Strafverfahren gegen jugendliche Personen.

nicht wünschenswert erscheint, daß er in der gewöhnlichen Weise bestraft wird". (Wenn die Verhandlung vor einem Polizeigericht stattfindet, kann statt der bedingten Entlassung unter den erwähnten Voraussetzungen auch die Freisprechung angeordnet werden.) Der vorläufig Entlassene hat einen Schein (recognizance) auszustellen, durch welchen er sich — mit oder ohne Bürgen — zur Entrichtung einer Geldstrafe verpflichtet, wenn er die ihm auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllt. Zu diesen Verpflichtungen gehört insbesondere die Führung eines ordentlichen Lebenswandels und das Erscheinen vor Gericht zur Aburteilung, sobald eine dahin gehende Aufforderung erlassen wird. Die Dauer der Verpflichtungen ist in der Verfügung über die bedingte Entlassung festzusetzen, darf aber in keinem Falle den Zeitraum von drei Jahren überschreiten. Die betreffende Verfügung kann auch andere Bedingungen vorschreiben und namentlich anordnen, daß der vorläufig Entlassene unter Aufsicht zu stellen ist. Als Aufsichtsorgane werden in den Bezirken, in welchen dies tunlich ist, männliche oder weibliche Beamte ernannt, die als „Probation Officers“ bezeichnet werden, und unter welchen einige besonders mit der Beaufsichtigung jugendlicher Delinquenten beauftragt sind. Diese Beamten sollen den ihrer Aufsicht unterstehenden Personen auch mit ihrem Rat zur Seite stehen, mitwirken bei der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und jede sonstige Hilfeleistung gewähren.

Ein vorläufig Entlassener, der die übernommenen Verpflichtungen verlegt, ist sofort zu verhaften und dem erkennenden Gericht zur Aburteilung zu überweisen; andererseits kann dieses Gericht auf Antrag des beaufsichtigenden Beamten einen vorläufig Entlassenen auf Grund besonders guter Führung bereits vor Ablauf des festgesetzten Zeitraums endgültig entlassen.

2. Strafverfahren gegen jugendliche Personen. (Children's Act 1908 Part V.)

Die aus Amerika herrührende Einrichtung der Jugendgerichte (Juvenile Courts) wird durch das oben erwähnte Gesetz auch für England eingeführt, aber nur insoweit es sich um Verhandlungen vor den Polizeigerichten handelt. Die andern in dem erwähnten Gesetze enthaltenen Vorschriften über das Strafverfahren gegen jugendliche Personen sind sowohl von den Polizeigerichten als auch von den Schwurgerichten anzuwenden.

Während der ersten Voruntersuchung ist ein jugendlicher Angebeschuldigter nur in besonderen Ausnahmefällen zu verhaften; wird nach dem Ergebnis der Voruntersuchung der Fall an ein Schwurgericht verwiesen und der Angebeschuldigte nicht gegen Sicherheitsleistung auf freiem Fuße gelassen, so ist er in einem nach Maßgabe des erwähnten Gesetzes errichteten Haftlokal für jugendliche Delinquenten unterzubringen, es sei denn, daß er das Alter von 14 Jahren erreicht hat und wegen seiner Widerseßlichkeit oder seiner sittlichen Entartung sich nicht zur Aufnahme in einem detartigen Haftlokale eignet; in einem solchen

Falle ist der Angeschuldigte bezüglich der Untersuchungshaft in derselben Weise zu behandeln wie ein erwachsener Angeschuldigter.

Bei der Verhandlung vor dem erkennenden Gericht soll soweit tunlich der Vater ⁹⁾ des Angeschuldigten zugegen sein. Wird der Angeschuldigte des Delikts, um welches es sich handelt, für schuldig befunden, so hat das Gericht in erster Linie zu erwägen, ob es nicht ratsam erscheint, eine durch besondere gesetzliche Bestimmung im Falle jugendlicher Angeschuldigter statthafte Maßregel (z. B. bedingte Entlassung nach Maßgabe des oben sub 1 mitgeteilten Gesetzes oder Unterbringung in eine Besserungsschule nach Maßgabe der unten sub 3 mitgeteilten Vorschriften) an die Stelle der in einem Normalfalle zu verhängenden Strafe treten zu lassen. Vorbehaltlich dieser Vorschrift kommen folgende Grundsätze zur Anwendung:

1. Ist das Delikt nach der Normalvorschrift mit Todesstrafe bedroht, so ist der Delinquent in einem von der Verwaltungsbehörde zu bestimmenden Ort auf unbestimmte Zeit in Haft zu behalten.

2. Ist das Delikt nach der Normalvorschrift mit Freiheitsstrafe bedroht, so ist der Delinquent während eines im Urteil zu bestimmenden Zeitraumes (der weder einen Monat noch die Maximaldauer der für den Normalfall angesetzten Freiheitsstrafe überschreiten darf) in einem der oben erwähnten Haftlöse für jugendliche Delinquenten aufzunehmen, es sei denn, daß er das Alter von 14 Jahren erreicht hat und sich wegen seiner Widerspenstigkeit oder seiner sittlichen Entartung nicht zur Aufnahme in einem solchen Haftlöse eignet, in welchem Falle auf Gefängnisstrafe erkannt werden kann. Zuchthausstrafe ist unter allen Umständen ausgeschlossen.

3. Wäre im Falle eines Erwachsenen auf Geldstrafe oder Buße oder Erstattung der Kosten erkannt worden, so ist im Falle eines Delinquenten, der das Alter von 14 Jahren nicht erreicht hat, der Vater, insoweit sein Aufenthalt bekannt ist, statt des Delinquenten zu verurteilen, es sei denn, daß er nachweist, daß er nicht durch Vernachlässigung der Obhut zu der Begehung des in Frage stehenden Delikts beigetragen hat. Hat der Delinquent das Alter von 14 Jahren erreicht, so steht es im Ermessen des Gerichts, ob ein entsprechendes Verfahren anzuwenden ist oder nicht.

Unter keinen Umständen hat die Verurteilung eines jugendlichen Delinquenten den Verlust von Ehrenrechten zur Folge.

3. Besserungsanstalten für Minderjährige.

a) Fürsorgeschulen und Besserungsschulen für jugendliche Personen.

(Children's Act 1908 Part IV.)

Für die Aufnahme von jugendlichen Personen, bei welchen die Gefahr einer Verbrechenslaufbahn vorliegt, gibt es zwei Klassen von Schulen:

⁹⁾ Wo im Text der Vater genannt wird, ist dies so zu verstehen, daß in einem Falle, wo der Mutter (bzw. einer andern Person) die Obhut über den jugendlichen Angeschuldigten zusteht, diese an die Stelle des Vaters tritt.

1. die mit dem euphemistischen Ausdruck „Industrial Schools“ bezeichneten Fürsorgeschulen, die hauptsächlich für verwahrloste Kinder bestimmt sind;

2. die „Reformatories“ (Besserungsschulen), in welchen die Unterbringung die Natur einer Strafe hat, die infolge der Jugend des Delinquenten an die Stelle der normalen Strafe tritt. In beiden Klassen von Schulen werden die Insassen beherbergt, gekleidet und unterrichtet*).

Die Unterbringung in eine Fürsorgeschule kann für ein Kind von dem örtlich zuständigen Polizeigericht in folgenden Fällen angeordnet werden:

1. wenn eine der im Gesetze erwähnten Voraussetzungen vorliegt, aus welchen hervorgeht, daß das Kind der sittlichen Verwahrlosung ausgesetzt ist (z. B. wenn das Kind zum Bettel benutzt wird, oder wenn der Vater ein Verbrecher oder Trunkenbold ist oder das Kind zu unzüchtigen Handlungen benutzt hat, oder wenn das Kind regelmäßigen Verkehr mit Dieben oder Prostituierten hat);

2. wenn der Vater nachweist, daß er das Kind nicht in Ordnung halten kann;

3. wenn die Behörde für Armenpflege, welche das Kind in eine Armenschule aufgenommen hat, nachweist, daß dasselbe widertätig ist, oder daß einer der Eltern eine Freiheitsstrafe verbüßt;

4. wenn die Schulbehörde nachweist, daß das Kind sich der Schulpflicht entzieht, und daß die gewöhnlichen Zwangsmittel versagen.

Für ein Kind, welches das Alter von 14 Jahren noch nicht erreicht hat und das von einem Polizeigericht oder einem Schwurgericht eines im Normalfall mit Freiheitsstrafe bedrohten Delikts für schuldig befunden wird, kann das erkennende Gericht ebenfalls die Aufnahme in eine Fürsorgeschule statt der Strafe anordnen.

Statt der Aufnahme in eine Fürsorgeschule kann in allen diesen Fällen die Unterbringung bei einem Verwandten oder einer sonstigen geeigneten Person angeordnet werden. In dem sub 2 erwähnten Falle kann auch die Unterstellung unter die Aufsicht eines „Probation Officer“ (vgl. oben sub B 1) in ähnlicher Weise wie bei der bedingten Entlassung erfolgen.

Die Dauer der Aufnahme in einer Fürsorgeschule bestimmt das erkennende Gericht je nach den Umständen des Einzelfalles, doch soll die Entlassung spätestens bei Erreichung des Alters von 16 Jahren stattfinden.

Die Unterbringung einer Person im Alter von 12—16 Jahren in eine Besserungsschule kann von einem Polizeigericht oder Schwurgericht in jedem Fall angeordnet werden, in welchem unter gewöhnlichen Umständen eine Freiheitsstrafe verhängt worden wäre; es kann hierbei auch eine andere Strafe hinzutreten (z. B. Geldstrafe oder

*) Ausnahmsweise kann an die Stelle einer „Industrial School“ eine sogenannte „Day Industrial School“ treten, in welcher nur Unterricht und ein Teil der Mahlzeiten gewährt werden.

Unterbringung in ein „Haftlokal für jugendliche Delinquenten“, jedoch unter keinen Umständen Gefängnis oder Zuchthaus). Wenn es sich um ein noch nicht vorbestraftes Kind im Alter von 12—14 Jahren handelt, kann statt der Unterbringung in eine Besserungsschule die Unterbringung in eine Fürsorgeschule angeordnet werden, falls das erkennende Gericht dies für ratsam hält, und nach dem Charakter und der Vorgeschichte des Delinquenten die Gefahr eines ungünstigen Einflusses auf die Mitschüler ausgeschlossen erscheint.

Die Zeitdauer der Unterbringung in die Besserungsschule wird im Urteil festgesetzt; sie darf nicht weniger als drei und nicht mehr als fünf Jahre betragen und unter keinen Umständen über das 19. Lebensjahr des Delinquenten hinausgehen.

Sowohl eine in einer Fürsorgeschule als eine in einer Besserungsschule untergebrachte jugendliche Person kann, insoweit die vorgeschriebenen Voraussetzungen vorliegen, nach Ablauf von 18 Monaten (unter gewissen Umständen bereits früher) durch bedingten Erlaubnischein vorläufig entlassen und bei einer in dem Erlaubnischein zu nennenden zuverlässigen Person untergebracht werden.

Nach Ablauf der Dauer der Unterbringung in einer Fürsorgeschule oder einer Besserungsschule bleibt der Zögling noch während einer im Gesetze vorgeschriebenen Frist unter der Aufsicht des Schulvorstands; so lange diese Aufsicht dauert, ruht die elterliche Gewalt.

b) Besserungsanstalten für Personen im Alter von 16—21 Jahren (Borstal-Anstalten).

(Prevention of Crime Act 1908 Part I.)

Das oben erwähnte Gesetz ermächtigt die Behörde für innere Staatsverwaltung, Anstalten zu errichten, „in welchen jugendliche Delinquenten, während sie in Haft sind, mit der Absicht ihre Besserung herbeizuführen und die Begehung von Verbrechen zu verhindern, Unterweisung im Handwerksbetrieb und andern Unterricht erhalten, und unter Disziplin und sittlichen Einfluß gebracht werden können“. Diese Anstalten werden nach dem Muster ihres Urbilds, einer in Borstal in der Nähe von Rochester errichteten Besserungsanstalt als „Borstal Institutions“ bezeichnet. Unterrichtsgegenstände in denselben sind die technischen Fertigkeiten auf allen Gebieten des Handwerks mit Einschluß der Feld- und Gartenarbeit und die Lehrgegenstände der Volksschulen; auch Turnunterricht wird in denselben erteilt.

Zur Unterbringung in eine Borstal-Anstalt während eines Zeitraumes von mindestens 1 und höchstens 3 Jahren können folgende Klassen von Personen verurteilt werden:

1. Personen im Alter von 16—21 Jahren, die von einem Schwurgericht eines mit Freiheitsstrafe bedrohten Delikts für schuldig befunden worden sind, falls das erkennende Gericht dies wegen ihrer Anlage zur Verbrecherlaufbahn oder wegen ihres Verkehrs mit schlecht beleumdeten Personen für angemessen hält;

2. Personen, die als jugendliche Delinquenten zur Unterbringung in eine Besserungsschule verurteilt worden waren und während der Verbüßung ihrer Strafe von einem Polizeigericht der Widerspenstigkeit oder des Entweichens aus der Schule für schuldig befunden werden;

3. Personen im Alter vom 16—21 Jahren, die eine Freiheitsstrafe verbüßen, falls die Unterbringung in eine Borstal-Anstalt auf Antrag der Gefängnisbehörde von der Behörde für innere Verwaltung angeordnet wird.

Nach Ablauf einer vorgeschriebenen Minimalfrist (6 Monate bei männlichen, 3 Monate bei weiblichen Insassen) kann eine bedingte Entlassung mit gleichzeitiger Unterstellung unter die Aufsicht einer in dem Erlaubnischein zu nennenden zuverlässigen Person in ähnlicher Weise erfolgen wie im Falle der Zöglinge der Fürsorgeschulen und Besserungsschulen (vgl. oben sub a).

Wenn sich ein Insasse einer Borstal-Anstalt als nicht besserungsfähig erweist, so kann seine Strafe in eine Gefängnisstrafe von entsprechender Zeitdauer umgewandelt werden.

Nach der Entlassung eines Insassen einer Borstal-Anstalt bleibt derselbe noch 6 Monate lang unter Aufsicht.

C. Behandlung von Gewohnheitsverbrechern. (Prevention of Crimes Act 1908 Part II.)

Während der erste Teil des oben erwähnten Gesetzes (dessen hauptsächlichster Inhalt oben sub B 3 b mitgeteilt wurde) sich die Besserung von Personen, die an der Schwelle der Verbrecherlaufbahn stehen, zur Aufgabe setzt, dient der hier zu besprechende zweite Teil in erster Linie dem Schutze der Gesamtheit gegen diejenigen, welchen der Gang zum Verbrechen zur zweiten Natur geworden ist. Zu diesem Zwecke führt derselbe die sogenannte Präventivhaft (preventive detention) ein, welche nach Abbüßung einer Zuchthausstrafe in den geeigneten Fällen anzuwenden ist.

Das Urteil, welches die Zuchthausstrafe verhängt, verhängt gleichzeitig die nach Abbüßung derselben anzuwendende Präventivhaft, deren Dauer auf mindestens fünf und höchstens zehn Jahre festzusetzen ist.

Es kann dies in jedem Falle geschehen, in welchem durch den Wahrspruch der Geschworenen oder das Eingeständnis des Delinquenten festgestellt wird, daß derselbe ein Gewohnheitsverbrecher ist. Für die Präventivhaft werden besondere Gefängnisse eingerichtet, in welchen die Behandlung weniger streng ist als in den Zuchthäusern, und in welchen die Insassen Arbeiten erhalten und unter Einflüsse gebracht werden, welche ihnen die Fähigkeit und Neigung zu ehrlicher Arbeit wiedergeben sollen. Die örtlich zuständige Behörde hat bei jeder einzelnen in Präventivhaft befindlichen Person Vorgesichichte und augenblickliche Lage mindestens alle drei Jahre zu prüfen; bei günstigem Ergebnis dieser Prüfung ist eine bedingte Entlassung in ähnlicher Weise statthaf, wie im Falle jener Personen, die nach Maß-

gabe des Gesetzes über die bedingte Entlassung (vgl. oben sub B 1) vorläufig entlassen werden.

D. Strafrechtliche Einzelgesetze.

1. Gesetze zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und der Staatsverwaltung.

a) Störung öffentlicher Versammlungen.

(Public Meeting Act 1908.)

Die methodische Art, in welcher die streitbaren Frauenstimmrechtlerinnen politische Versammlungen jeder Art durch wüsten Lärm stören, um hierdurch auf ihre Propaganda aufmerksam zu machen, hat das oben erwähnte Gesetz nötig gemacht. Dasselbe bedroht mit Geldstrafe (Maximum 5 Pf. Sterl.) und Gefängnisstrafe (Maximum 1 Monat) Jeden, der in der Absicht, die Beratungen einer erlaubten Versammlung zu stören, sich in einer solchen Versammlung ungebührliches Betragen zuschulden kommen läßt.

b) Verleumdung bei der Wahlagitatio.

(Municipal Elections [Corrupt and Illegal Practices] Act 1911.)

Das oben erwähnte Gesetz bedroht mit Geldstrafe bis zu 100 Pf. Sterl. und fünfjährigem Verlust der aktiven Wahlfähigkeit Jeden, der bei Gelegenheit einer Kommunalwahl über den Charakter oder das Verhalten eines Kandidaten eine falsche Angabe macht, es sei denn, daß er nachweist, daß er guten Grund hatte, die Angabe für wahr zu halten. (Bezüglich der Wahlen für das Parlament bestanden bereits früher entsprechende Vorschriften.)

c) Spionage.

(Official Secrets Act 1911.)

Das oben erwähnte Gesetz tritt an Stelle des gleichnamigen Gesetzes von 1887 und bringt wesentlich verschärfte Vorschriften über den Gegenstand. Die im Gesetz beschriebenen Arten von Ortlichkeiten (z. B. Orte, an welchen sich Befestigungen oder Waffenplätze befinden, und Kriegshäfen) werden als „verbotene Ortlichkeiten“ bezeichnet. Das Betreten dieser Ortlichkeiten und die bildliche Wiedergabe der in denselben befindlichen Gegenstände, sind, insoweit sie in der Absicht erfolgen, einem Feinde des englischen Staats Vorschub zu leisten, mit Zuchthausstrafe von 3—7 Jahren bedroht. Bei Abwesenheit dieser Absicht tritt Gefängnisstrafe (Maximum 2 Jahre) ein.

2. Gesetze zum Schutze der Rechtspflege.

Gesetz gegen Eidesdelikte. (Perjury Act 1911.)

Das oben erwähnte Gesetz faßt die bisher in 133 Gesetzen enthaltenen Vorschriften über Eidesdelikte zusammen ohne eine wesentliche Änderung zu bringen.

3. Gesetze zum Schutze der Sittlichkeit.
Gesetz gegen Blutschande.

(Punishment of Incest Act 1908.)

Der geschlechtliche Umgang zwischen Ascendenten und Descendenten und zwischen Geschwistern, der vor 1908 als solcher nach englischem Rechte nicht strafbar war, wird durch das oben erwähnte Gesetz mit Zuchthausstrafe (Maximum 15 Jahre) bedroht.

4. Gesetze zum Schutze der öffentlichen Ordnung.

a) Gesetz gegen das Wetten auf öffentlicher Straße.

(Street Betting Act 1906.)

Jemand, der sich auf einer öffentlichen Straße oder auf einem öffentlichen Platze zu dem Zwecke aufhält, um Wetten einzugehen, wird nach dem oben erwähnten Gesetze mit Geldstrafe und der Einziehung aller auf die Wetten bezüglichen Geschäftsbücher bestraft. Im Falle der Abschließung einer Wette mit einer Person, welche das Alter von 16 Jahren nicht erreicht hat, tritt eine erhöhte Geldstrafe ein. Ein Rennplatz gilt nicht als „öffentlicher Platz“ im Sinne des Gesetzes.

b) Gesetz gegen Tierquälerei.

(Protection of Animals Act 1911.)

Das oben erwähnte Gesetz ist eine Modifikation der früher geltenden Vorschriften mit unwesentlichen Zusätzen.

5. Gesetze zum Schutze des Lebens und der Gesundheit.

a) Vorschriften über die gewerbsmäßige Aufnahme kleiner Kinder.

(Children's Act 1908 Part I.)

Die oben erwähnten Vorschriften treten an Stelle der Vorschriften der Infant life Protection Act 1897, die sich gegen die sogenannten „Engelmacher“ richteten, und verschärft und ergänzt diese Vorschriften nach verschiedenen Richtungen. Während die Anmeldepflicht bezüglich der in Kost genommenen Kinder früher nur bestand, wenn mehr als ein noch nicht siebenjähriges Kind aufgenommen wurde, ist sie jetzt auch auf die Personen ausgedehnt, welche nur ein solches Kind aufnehmen. Für die Beaufsichtigung der Personen, welche das erwähnte Gewerbe betreiben, werden besondere Beamte ernannt, doch kann in besonderen Fällen die Aufsicht auch andern Personen oder philanthropischen Gesellschaften übertragen werden. Bezüglich der aufgenommenen Kinder sind gewisse, teilweise im Gesetz vorgeschriebene, teilweise von den Ortsbehörden aufzustellende Regeln zu beobachten, deren Verletzung strafrechtlich geahndet wird.

b) Vorschriften gegen die Mißhandlung schutz-
befohlener Kinder.

(Children's Act 1908 Part II.)

Die oben erwähnten Vorschriften treten an die Stelle des Hauptteils der „Prevention of Cruelty to Children Act 1904“, dessen Inhalt sie mit verschärfenden Zusätzen wiedergeben. Jemand, der eine unter seiner Obhut stehende jugendliche Person grausam behandelt oder vernachlässigt, ist mit Geldstrafe bis zu 100 Pf. Sterl. oder mit Gefängnisstrafe (Maximum 2 Jahre) zu bestrafen. Wenn eine unterhaltspflichtige Person es versäumt, dem Schutzbefohlenen Nahrung, Kleidung, ärztliche Hilfe, oder Obdach in hinreichender Weise zu gewähren, so gilt dies als Vernachlässigung im Sinne des Gesetzes. Wer einer unter seiner Obhut stehenden Person, die im erwähnten Alter steht, gestattet, auf der Straße zu betteln, oder in einem Bordell zu wohnen oder daselbst ein- und auszugehen, oder mit Prostituierten zu verkehren, wird ebenfalls von dem erwähnten Gesetze mit Strafe bedroht. Unter den Einzelvorschriften desselben ist die folgende erwähnenswert, weil sie sich mit einem in England leider nicht seltenen Vorgang befaßt und zugleich die Schwerefalligkeit der englischen Gesetzestexte erläutern. „Falls nachgewiesen wird, daß der Tod eines noch nicht dreijährigen Kindes infolge von Erstickung erfolgt ist (es sei denn, daß die Erstickung durch Krankheit oder die Gegenwart eines Fremdkörpers im Halse oder in den Luftröhren des Kindes verursacht wurde), und daß dies geschah, während das Kind sich im selben Bett mit einer andern Person befand, welche das Alter von 16 Jahren überschritten hatte, und daß diese andere Person, als sie zu Bett ging, unter dem Einfluß des Trunks war, dann soll diese andere Person so behandelt werden, als ob sie das Kind im Sinne dieses Gesetzes in einer Weise vernachlässigt hätte, welche nach aller Wahrscheinlichkeit seine Gesundheit schädigen würde.“

c) Vermischte Vorschriften zum Schutze
der Gesundheit von Kindern.

(Children's Act 1908 Part III und Part VI.)

Hierher gehört die Vorschrift, welche Jeden mit Strafe bedroht, der einer Person, die anscheinend das Alter von 16 Jahren nicht erreicht hat, Tabak, Zigarren¹⁰⁾, Zigaretten oder Zigarettenpapier verkauft, es sei denn, daß das kaufende Kind im Dienste eines Tabakhändlers oder ein uniformierter Dienstknaube (Messenger boy) ist. Ferner ist zu erwähnen die Vorschrift, welche die Verabreichung eines alkoholhaltigen Getränks an ein Kind unter fünf Jahren bei Strafe verbietet, und die

¹⁰⁾ Bezeichnend für die englische Gesetzestexte ist es, daß die Strafbestimmung in §. 39 nur Zigaretten und Zigarettenpapier erwähnt, daß aber dann in §. 43 (1) eine Definition der Zigarette gegeben wird, die auch für eine Zigarre paßt, und daß dann schließlich in §. 43 (2) gesagt wird, daß die Strafbestimmung sich auf Tabak, der nicht in Zigaretten enthalten ist, ebenso wie auf Zigaretten beziehen soll.

jenige, welche die Bestrafung eines Wirtshausbesizers vorschreibt, der einem Kind, das das Alter von 14 Jahren nicht erreicht hat, erlaubt, sich in seinem Schanklokal aufzuhalten.

6. Gesetze zum Schutze des Vermögens.

(Prevention of Corruption Act 1906.)

Das oben erwähnte Gesetz richtet sich gegen die Gewohnheit der „Schmiergelder“ und bedroht jeden Vertreter eines Andern mit Geldstrafe oder Gefängnis, der vorsätzlich ein Geschenk annimmt oder zu erhalten versucht, das ihn zu einer Handlung oder Unterlassung veranlassen soll, welche das Interesse seines Geschäftsherrn berührt; in entsprechender Weise ist auch der Geber eines derartigen Gesentes strafbar, sowie Jeder, der in der Absicht den Geschäftsherrn zu täuschen, wesentlich eine Quittung oder sonstige Urkunde ausstellt, deren Inhalt nicht dem wahren Sachverhalt entspricht. Ein ähnliches Gesetz bezüglich der Personen, die im unmittelbaren Dienst eines Andern stehen, war bereits früher in Kraft.

II. Strafrechtliche Literatur.

Wie bereits in der Vorbemerkung erwähnt, war die strafrechtliche Literatur in dem hier zu besprechenden Zeitraum durchaus unfruchtbar. Die von Praktikern hauptsächlich benutzten Werke: Archbold: Pleading and Evidence in Criminal Cases; Russell: Crimes and Misdemeanours und Roscoe: Digest of the Law of Evidence in Criminal Cases sind alle in neuen Auflagen herausgekommen, und das gleiche gilt von den Lieblingswerken der Studenten: Harris: Criminal Law und Kenny: Outlines of Criminal Law. Als nützliche Präjudizienfassungen sind noch erwähnenswert die ebenfalls in neuen Auflagen erschienenen Werke: Kenny: Cases on Criminal Law und Warburton: Leading Cases in the Criminal Law. Über das Gefängniswesen handelt das Werk des früheren Gefängnisarztes Dr. F. Quinton: Our modern prison curriculum.